

Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **28.06.2012**, im Ratssaal des Rathauses in Sande

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 22.03.2012**
- 3. Einwohnerfragestunde**
- 4. Missbilligung des Verstoßes gegen die Amtsverschwiegenheit durch den Beigeordneten Alexander von Fintel
Vorlage: 103/2012**
- 5. Änderung von Ausschussbesetzungen**
- 6. Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Gemeindebibliothek Sande
Vorlagen: 069/2012, 069/2012/1 und 069/2012/2**
- 7. a) Änderung der Nutzungsordnung für die Dorfgemeinschaftsanlagen Cäcilien- und Neustadtgödens
b) Neufassung der Entgeltordnung für die Dorfgemeinschaftsanlagen Cäcilien- und Neustadtgödens sowie Räumlichkeiten des Rathauses in Sande
Vorlagen: 078/2012, 078/2012/1 und 078/2012/2**
- 8. Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehren
Vorlage: 084/2012**
- 9. Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 46 - JadeWeserAirport -
Vorlage: 091/2012**
- 10. Abschluss von Wegenutzungsverträgen (Konzessionsverträge)**

Vorlage: 088/2012

- 11. Abschluss der Finanzierungsvereinbarung zur Bahnumfahrung Sande
Vorlage: 099/2012**
- 12. Neueinteilung von Stimmbezirken aus Anlass von Wahlen
Vorlage: 090/2012**
- 13. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Nichtöffentlicher Teil

- 14. Veräußerung des Gewerbegrundstückes Elektronikring 3
Vorlage: 080/2012**
- 15. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsfrau Ruth Bohlke
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Frank David
Ratsfrau Petra Ducci
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsherr Folkert Feeken
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Oliver Kohls
Ratsherr Olaf Lies (MdL)
Beigeordneter Matthias Lührs
Ratsherr Reinhard Oncken
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Annika Ramke
1. stellvertretender Bürgermeister Michael
Ramke
Beigeordneter Achim Rutz
Ratsherr Andreas Schindler
Beigeordnete Ulrike Schlieper als Ratsvorsitzende
Beigeordneter Alexander von Fintel
Bürgermeister Josef Wesselmann
2. stellvertretende Bürgermeisterin Moni-
ka Willenbücher-Orths
Ratsherr Uwe Wispeler

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, den Tagesordnung 4 wegen der nicht gegebenen Dringlichkeit von der Tagesordnung zu nehmen, welcher mit 21 Gegenstimmen, 3 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt wurde.

Die Tagesordnung wurde sodann festgestellt.

2. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 3 vom 22.03.2012**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. **Einwohnerfragestunde**

- - -

4. **Missbilligung des Verstoßes gegen die Amtsverschwiegenheit durch den Beigeordneten Alexander von Fintel**
Vorlage: 103/2012

Ratsherr von Fintel nahm an der Beratung nicht teil und wirkte bei der Beschlussfassung auf Grund des bestehenden Mitwirkungsverbot gemäß § 41 NKomVG nicht mit.

Beschluss:

Der Rat stellt den Verstoß gegen die Amtsverschwiegenheit gemäß § 40 NKomVG durch Beigeordneten Alexander von Fintel fest und missbilligt diesen ausdrücklich.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen

5. **Änderung von Ausschussbesetzungen**

Die SPD-Fraktion gab bekannt, dass Ratsherr Rutz zum Fraktionssprecher bestimmt wurde, deren Stellvertretung Ratsfrau Ramke und Ratsherr Eiklenborg übernehmen.

Hinsichtlich der Ausschussbesetzungen wurde mitgeteilt, dass Beigeordneter Rutz für den bisherigen Beigeordneten Schindler für den Verwaltungsausschuss bestimmt wird und Ratsherr Schindler den Beigeordneten Rutz im Ausschuss für Straßen, Wege und Feuerlöschwesen ersetzt.

Beschluss:

Der Änderung von Ausschussbesetzungen wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung der Gemeindebibliothek Sande**

Vorlagen: 069/2012, 069/2012/1 und 069/2012/2

Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie als Teil der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen hatte, besser eine Erhöhung bei den Entgelten für Erwachsene vorzunehmen anstatt für Kinder und Jugendliche. Bedauert wurde, dass weder dieser Vorschlag, noch die Aufnahme einer Ermäßigung für Empfänger von Sozialleistungen von der Mehrheitsfraktion angenommen wurde und es erging der Appell, dass die SPD-Fraktion in Zukunft konstruktive Vorschläge der Opposition akzeptiert und auch umsetzt.

Hierzu führte die SPD-Fraktion aus, dass sie im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Prioritäten gesetzt hat, unter anderem im Bereich der Bildungsangebote, wozu auch das Angebot der Bibliothek zählt. Aus diesem Grund hat sie sich bereits bei den Haushaltsberatungen gegen eine Budgetkürzung ausgesprochen in dem Bereich. Widersprochen wurde der Aussage, dass alle Vorschläge der Opposition abgelehnt wurden, da die neue Entgeltordnung um den Vorschlag der CDU-Fraktion zur Ermäßigung für Empfänger von Sozialleistungen ergänzt wurde.

Die Gruppe Grüne/FDP vertrat die Ansicht, dass eine moderate und angemessene Erhöhung vorgenommen wurde und der vorliegenden Entgeltordnung aus diesem Grund zugestimmt wird.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 8 NKomVG die vorgeschlagene Entgelterhöhung für die Benutzung der Gemeindebibliothek Sande mit Wirkung vom 01.07.2012.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

7. **a) Änderung der Nutzungsordnung für die Dorfgemeinschaftsanlagen Cäcilienroden und Neustadtgödens**

b) Neufassung der Entgeltordnung für die Dorfgemeinschaftsanlagen Cäcilienroden und Neustadtgödens sowie Räumlichkeiten des Rathauses in Sande

Vorlagen: 078/2012, 078/2012/1 und 078/2012/2

Die Gruppe Grüne/FDP lehnte die Erhebung von Nutzungsgebühren für Vereine ab, da die zu erwartenden Einnahmen von 1.500 € nach Ansicht der Gruppe nicht den Haushalt der Gemeinde retten, den Vereinen aber, die einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität der Gemeinde leisten,

bei der Vereinsarbeit fehlen.

Von der SPD-Fraktion wurde eingangs darauf hingewiesen, dass die Dorfgemeinschaftshäuser einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im Haushalt darstellen. Die Arbeit der Vereine ist für das gesellschaftliche Leben unverzichtbar und wurde von der Fraktion ausdrücklich gewürdigt, deshalb soll nur im Falle einer Einnahmeerzielung eine moderate Gebühr erhoben werden.

Beschluss:

- a) Der vorliegenden 1. Änderung der Nutzungsordnung für die Gemeinschaftsanlagen Cäciliengroden und Neustadtgödens wird zugestimmt
- b) Der Rat der Gemeinde Sande verabschiedet die vorliegende Neufassung der Entgeltordnung für die Gemeinschaftsanlagen Cäciliengroden und Neustadtgödens sowie Räumlichkeiten des Rathauses Sande.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

8. **Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehren**
Vorlage: 084/2012

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde beschließt die erste Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Sande außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 46 - JadeWeserAirport -**
Vorlage: 091/2012

Beschluss:

Die zu dem ausgelegten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 46 – JadeWeserAirport - eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen haben inhaltlich dem Rat vorgelegen. Den vorgelegten Abwägungsvorschlägen wird zugestimmt.

Der Rat beschließt den Bebauungsplans Nr. 46 – JadeWeserAirport - mit der Begründung als Satzung aufgrund der §§ 3 (1) und 10 (1) BauGB in

der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 2414) und der §§ 56, 87 und 98 der NBauO sowie der §§ 10 und 56 NKomVG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. **Abschluss von Wegenutzungsverträgen (Konzessionsverträge)**
Vorlage: 088/2012

Beschluss:

Dem vorgelegten Wegenutzungsvertrag (Konzessionsvertrag) für Gas und Strom mit der EWE Netz wird zugestimmt. Die Laufzeit wird auf 10 Jahre festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. **Abschluss der Finanzierungsvereinbarung zur Bahnumfahrung Sande**
Vorlage: 099/2012

Die SPD-Fraktion signalisierte Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag und vertrat die Ansicht, dass mit einem Gesamtkostenanteil von 675.000 € das Machbare erreicht wurde und der Bau der Bahnumfahrung, auch vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Gemeinde, höchste Priorität hat.

Seitens eines Ratsmitgliedes wurde auf die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit dem Landkreis Friesland Bezug genommen und erläutert, dass der Antrag der CDU-Fraktion nicht den Abschluss der Finanzierungsvereinbarung verhindern sollte, sondern es lediglich um die Verteilung der freiwilligen Anteile von Gemeinde und Landkreis ging. Das Ratsmitglied erkundigte sich beim Bürgermeister, ob seit der vorgenannten Sitzung mit dem Landrat hinsichtlich des Vorschlags der CDU-Fraktion gesprochen wurde.

Dazu Stellung nehmend gab Bürgermeister Wesselmann zunächst einen Rückblick auf die Historie, insbesondere dazu, wie es zu einer Zusage für den Bau einer Bahnumgehung gekommen ist und dass sich die Gemeinde und der Landkreis entschlossen haben, als Region einen freiwilligen Beitrag zu dem Projekt zu leisten, da der Wunsch nach einer Bahnumfahrung von hier aus vorgetragen wurde. Auf Grundlage des freiwilligen Beitrags, der ebenso wie der sonstige Anteil der Gemeinde gedeckelt ist, wurden sämtliche Verhandlungsgespräche mit der Bahn geführt. Aufgrund der geänderten finanziellen Situation steht die Gemeinde im ständigen Kontakt mit dem Landkreis, der grundsätzlich zugesichert hat, die Gemeinde zu unterstützen. Konkrete Gespräche wegen der Umverteilung der Anteile am freiwilligen Beitrag zur Bahnumfahrung sind jedoch nicht geführt worden.

Es wurde seitens der Bürgermeister appelliert, einen einstimmigen Beschluss zur Finanzierungsvereinbarung zu fassen, um ein wichtiges Signal gegenüber der Bahn senden zu können.

Im Anschluss daran sprach sich ein Mitglied des Gremiums zwar für die Bahnumfahrung, jedoch gegen eine freiwillige Leistung der Gemeinde aus, während sich ein anderes Mitglied froh darüber zeigte, dass nach langer Zeit des Wartens endlich eine Finanzierungsvereinbarung vorgelegt wurde, die in der vorliegenden Form unterzeichnet werden sollte.

Ein Ratsmitglied der Grünen monierte, dass sich der Effekt der Beschleunigung des Verfahrens, der durch die freiwillige Leistung erzielt werden sollte, nicht eingestellt hat. Auch wurde beklagt, dass über die Bereitstellung dieser freiwilligen Leistung bislang immer nur in nichtöffentlichen Sitzungen beraten wurde. Dieser Aussage widersprach der Bürgermeister und verwies zum Einen auf mehrere öffentliche Informationsabende, in denen auch die Finanzierung thematisiert wurde und zum Anderen auf die Ausweisung der Summe im Haushaltsplan. Auf Nachfrage wurde erklärt, dass dieser Betrag nicht in der zu den Haushaltsberatungen aufgestellten Liste der freiwilligen Leistungen enthalten war, da diese nur Leistungen des Ergebnishaushalts enthielt.

Abschließend appellierten ein Ratsmitglied und der Bürgermeister, der vorliegenden Finanzierungsvereinbarung zuzustimmen.

Beschluss:

Dem seitens der DB Netz AG vorgelegten Realisierungs- und Finanzierungsvertrag für die Bahnumfahrung Sande wird zugestimmt.

Der auf die Gemeinde Sande entfallende Kostenanteil in Höhe von 957.000,00 € (Eigenanteil und Berücksichtigung der Förderung nach dem Entflechtungsgesetz 674.000,00 €) wird in den jeweiligen Haushaltsplanungen entsprechend dem zur Finanzierungsvereinbarung vorgelegten Finanzierungsplan berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 4 Enthaltungen

12. Neueinteilung von Stimmbezirken aus Anlass von Wahlen **Vorlage: 090/2012**

Die Gruppe Grüne/FDP sprach sich gegen die vorgeschlagene Neueinteilung der Stimmbezirke aus, da durch den Wegfall der Wahllokale in Gödens und Mariensiel die Schwelle zum Wählen erhöht wird. Zudem werden keine Einspareffekte erzielt.

Ein Ratsmitglied schlug vor, die Beschlussfassung zu diesem Thema bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates zurückzustellen.

Nach kurzer Prüfung informierte die Verwaltung, dass der Rat die Beschlussfassung gemäß § 58 Abs. 5 NKomVG auf den Verwaltungsausschuss delegieren kann, wodurch noch vor der Sommerpause ein Beschluss herbeigeführt werden könnte. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass eine Umsetzung des Beschlusses zur nächsten Landtagswahl aufgrund bestehender Fristen möglicherweise nicht möglich ist.

Beschluss:

Der Rat überträgt die Beschlussfassung zur Neueinteilung von Stimmbezirken gemäß § 58 Abs. 5 NKomVG auf den Verwaltungsausschuss.
Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Bürgermeister Wesselmann informierte, dass die Genehmigung des Haushalts, nachdem es noch ein paar Rückfragen zu den eingereichten Unterlagen gab, nunmehr zeitnah erteilt werden soll.
- b) Unter Bezugnahme auf die Presseartikel zum Schienenersatzverkehr schloss sich der Bürgermeister den getätigten Ausführungen des Landrates an, dass darauf hingewirkt werden sollte, dass die Arbeiten zügiger durchgeführt werden um die Beeinträchtigungen für den Personennah- und Güterverkehr so gering wie möglich zu halten.
- c) Der Bürgermeister berichtete, dass die IVG eine Broschüre zur Leitbildentwicklung erstellt hat, die auch in Teilen von Neustadtgödens verteilt wurde. Er distanzierte sich hiervon als Mitglied des Arbeitskreises, da in der Darstellung nur auf die Entwicklung ab 2060 eingegangen wird und dabei die nächsten 50 Jahre komplett ausgeblendet werden. Zudem werden den Bürgern durch bunte und landschaftlich geprägte Illustrationen falsche Signale hinsichtlich der Auswirkungen der Kavernenerweiterung gesendet. Mit dem Landkreis Friesland wird in den kommenden Tagen abgestimmt, wie mit der Angelegenheit weiter verfahren werden soll. Das Planfeststellungsverfahren für die Kavernenerweiterung, in das das Leitbild mit einfließt, beginnt zu einem späteren Zeitpunkt, im Rahmen dessen die Gemeinde offiziell zu dem Vorhaben Stellung nehmen kann.

Seitens eines Ratsmitgliedes wurde informiert, dass noch nicht alle rechtliche Wege zur Verhinderung der Kavernenerweiterung ausgeschöpft sind und ein weiteres Rechtsgutachten in Auftrag gegeben wurde.

Dem Vorschlag eines Ratsmitgliedes, dass die Gemeinde dem Leitbild offiziell widersprechen soll, weil das Ergebnis inakzeptabel ist, wurde einstimmig gefolgt und der Bürgermeister beauftragt, der Regierungsvertretung Oldenburg ein entsprechendes Schreiben zu

senden.

- d) Ein Ratsmitglied regte die Erstellung einer Potentialstudie für das Gemeindegebiet hinsichtlich in Frage kommender Flächen für Windenergieanlagen an, wozu von der Verwaltung ausgeführt wurde, dass eine solche Studie 30.000 € bis 40.000 € kosten würde, wofür keine Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. In der Praxis ist es Gang und Gäbe, dass potentielle Investoren im Rahmen von städtebaulichen Verträgen solche Studien in Auftrag geben.
- e) Die Gruppe Grüne/FDP erklärte, dass sie zwar an der Eröffnung des Sander Marktes teilnehmen wird, die Getränke jedoch selber bezahlt, da sie mit der derzeit praktizierte Form der Verteilung von Armbändern für den Erhalt von kostenlosen Getränken nicht einverstanden ist. Hierzu wurde informiert, dass die Kosten der Gemeinde für den Marktrundgang in den letzten Jahren durch eine Umstellung beim Ablauf bereits deutlich reduziert wurden.

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.